

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.07.2016 Drucksache 17/12541

## **Antrag**

der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann SPD

Soziales Europa I Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekräftigt die Rolle der Europäischen Union (EU) nicht nur als Wirtschafts- und Handelsunion, sondern auch als Wertegemeinschaft auf der Basis von Freiheit, Demokratie, Gleichheit der Menschen, Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte, einer gerechten Verteilung des Wohlstands und sozialer Sicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedsstaaten. Die Staaten der EU zeichnen sich aus durch Toleranz gegenüber Minderheiten und Schutzsuchenden und der Solidarität untereinander. Die EU achtet die Kultur und die Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten und deren Regionen.

Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass künftig der Schwerpunkt des Europäischen Einigungsprozesses auf die Schaffung eines sozialen Europas gelegt wird. Eine starke EU muss die Menschen und deren Schutz und Absicherung vor Lebensrisiken in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Die einschlägigen EU-Verträge, -Strategien und -Vereinbarungen sollen entsprechend modifiziert und ergänzt werden. Die Europäische Union muss sich neben der Wirtschaftsund Finanzpolitik auch zum sozialen Schutzraum für die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten weiterentwickeln.

Sozialer Fortschritt in Europa soll denselben Stellenwert erhalten wie wirtschaftlicher Fortschritt, die Verbesserung sozialer Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien und Senioren dieselbe Priorität wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Markt und Wettbewerb. Nach Jahrzehnten der Wirtschaftsförderung und Bankenrettung müssen Jahrzehnte der Investitionen in die Bildung und soziale Sicherheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger folgen.

## Begründung:

Trotz Binnenmarkt, Gemeinschaftswährung und Freizügigkeit ist die soziale Ungleichheit in Europa ebenso gewachsen wie die Europaskepsis oder gar-feindlichkeit vieler EU-Bürgerinnen und -Bürger. Immer mehr Regierungen und/oder Oppositionsparteien verfolgen einen pronationalen, tendenziell oder offen antieuropäischen Kurs. Der Erfolg des Brexit-Referendums in Großbritannien war nach den osteuropäischen Störfeuern ein vorläufiger Höhepunkt dieser Anti-Europa-Stimmung, wobei die Beweggründe in den Mitgliedstaaten durchaus uneinheitlich sind.

Einer der entscheidenden Gründe für die mangelnde Identifikation mit der EU sind erhebliche soziale Disparitäten und Wohlstandsunterschiede in und zwischen den Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ob Armut oder Arbeitslosigkeit, Lohn- oder Rentenniveau, Bildung oder Gesundheit – die soziale Dimension der europäischen Gemeinschaft wurde lange Zeit sträflich vernachlässigt. Die Lebensverhältnisse und sozialen Mindeststandards in den Mitgliedstaaten haben sich nicht etwa angeglichen, sondern sind – u.a. als Folge der Sparpolitik der EU – zum Teil sogar weiter auseinandergedriftet, v.a. innerhalb des Euro-Raums. Auch die Angst vor Zuwanderung ist vielfach eine Angst der Wohlstandsverlierer um die eigene Existenz, vor der vermeintlichen Konkurrenz am Arbeits- und Wohnungsmarkt und (weiteren) Wohlstandseinbußen.

Nur wenn die soziale Integration Europas - unter Berücksichtigung der zusätzlichen durch Flucht und Migration verursachten Herausforderungen - mit aller Anstrengung vorangetrieben wird mit dem Ziel, in ganz Europa vergleichbar hohe soziale Standards und vergleichbar gute Lebensverhältnisse herbeizuführen. können innereuropäische Armutsmigration verhindert und insgesamt Erosionserscheinungen in der EU gestoppt werden. Nur wenn die EU erkennbar zum Schutzraum für soziale Sicherheit wird, kann sie ihre wichtigste Funktion als Garant für Frieden in Europa langfristig erfüllen. Im Übrigen muss die soziale Dimension auch in den Außen- und Handelsbeziehungen der EU mit Drittstaaten viel stärker als bisher berücksichtigt werden, um Fluchtursachen zu reduzieren (Stichwort "Faire Globalisierung").